



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hep Monatzeder, Barbara Fuchs, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Anna Schwamberger, Gabriele Triebel** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Für eine bessere Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie III: Ökonomische Nachhaltigkeit

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass innerhalb der Agenda 2030 der Vereinten Nationen (VN) im Themenfeld Wirtschaft in Bayern besonderer Handlungsbedarf besteht und bislang ungenutzte Handlungsmöglichkeiten vorliegen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, das Themenfeld Wirtschaft als Transformationsbereich besonders hervorzuheben und die aktuell in der Bayerischen Nachhaltigkeitsstrategie enthaltenen Ziele und Maßnahmen wie folgt zu ergänzen:

1. Grüne Industrie

Ziel: Eine CO₂-neutrale bayerische Industrie bis zum Jahr 2045.

Als Maßnahmen hierzu empfiehlt der Landtag unter anderem klimafreundliche Geschäftsmodelle als verbindliche Leitlinie in den bayerischen Förderprogrammen zu verankern, sowie eine Evaluation aller Förderprogramme und -maßnahmen durchzuführen. Weiterhin soll eine Landesstrategie für Ressourceneffizienz erarbeitet sowie eine Bayerische Agentur für Kreislaufwirtschaft geschaffen werden. Zur industriellen Rohstoffgewinnung aus veredelten Industrieprodukten soll ein Förderprogramm „Bayerische Minen“ initiiert und für die Material-, Upcycling- und Recycling-Forschung mit nachwachsenden Rohstoffen und Industrieprodukten soll ein Circular Economy-Center Bayern gegründet werden.

2. Innovation & Start-up-Szene fördern

Ziel: Gute Rahmenbedingungen für Gründerinnen bzw. Gründer

Als Maßnahmen hierzu empfiehlt der Landtag unter anderem die Ausgaben für Forschung und Entwicklung von aktuell 3,41 Prozent auf 4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen; die Forschungsförderung des Freistaates an den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen (SDGs) auszurichten, ein Konzept zur Nutzung von Forschungsergebnissen für mittelständische Betriebe und den Aufbau eines bayerischen Kompetenzzentrums für Open Science. Die Förderprogramme für Gründerinnen bzw. Gründer sollen weiterentwickelt mit Blick auf Interdisziplinarität und Unternehmensgründungen und -nachfolgen ausgebaut werden. Zusätzlich braucht es ein eigenes Förderprogramm für Social Entrepreneurs und Green Start-ups.

3. Nachhaltige Beschaffung

Ziel: Bis 2030 berücksichtigen mindestens 50 Prozent aller öffentlichen Beschaffungsvorgänge soziale, ökologische und wirtschaftsbezogene Kriterien als gleichwertige Entscheidungsgrundlage.

Als Maßnahmen hierzu empfiehlt der Landtag ein Gesetz für nachhaltige Beschaffung vorzulegen, welches nachhaltige Beschaffung in Landesbehörden und Kommunen zum Standard macht, eine Landeskompetenzstelle für nachhaltige Auftragsvergabe einzurichten sowie eine Aus- und Fortbildungsoffensive für Angestellte und Bedienstete in der öffentlichen Verwaltung zu starten.

4. Nachhaltiger Haushalt

Ziel: Haushaltsaufstellung nach dem Prinzip der „grünen Null“.

Als Maßnahmen hierzu empfiehlt der Landtag unter anderem eine Nachhaltigkeitsprüfung für Subventionen durchzuführen, Investitionen in umwelt- und klimaschädliche Produkte und Infrastrukturen konsequent abzubauen, die Berücksichtigung von Nachhaltigkeit als verbindliches Kriterium neben den bisherigen Anlagegrundsätzen Sicherheit, Rendite und Liquidität bei sämtlichen Finanzanlagen vorzuschreiben, sowie die Überprüfung der Wirksamkeit eingesetzter Haushaltsmittel durch sog. Spending Reviews zu erwirken.

5. Fachkräftebedarf der bayerischen Wirtschaft decken

Ziele: Deutliche Reduzierung der aktuellen Lücke von 230 000 Fachkräften und weitgehende Besetzung der rund 15 000 offenen Lehrstellen in der bayerischen Wirtschaft.

Als Maßnahmen hierzu empfiehlt der Landtag unter anderem Bildungspartnerschaften zwischen Schule und Betrieben zu fördern, schnellere Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse zu ermöglichen, sogenannte Welcome Center in jedem Regierungsbezirk einzurichten, sowie die Bleibeperspektiven für Geflüchtete zu verbessern.

6. Mobilität

Ziele: Bis 2030 Verdoppelung des Anteils des ÖPNV am Verkehrsaufkommen auf 20 Prozent und bereits beschlossene Erhöhung des Radverkehrsanteils auf 20 Prozent des Gesamtverkehrs umsetzen.

Als Maßnahmen empfiehlt der Landtag den Ausbau des Radverkehrsnetzes, ein Radverkehrsgesetz, die Gründung flächendeckender Verkehrsverbände in Bayern und Unterstützung der Kommunen mit der Einrichtung einer beratenden Mobilitätsagentur.

Begründung:

Bayern ist einer der führenden Wirtschaftsstandorte. Die Wirtschaft steht vor enormen Herausforderungen angesichts der notwendigen Transformation hin zu digitalem und klimaneutralem Wirtschaften. Um harte Strukturbrüche zu vermeiden und Arbeitsplätze zu erhalten, muss die Transformation durch frühzeitige und optimale staatliche Rahmenbedingungen begleitet werden. Ziel muss sein, mit passgenauen Rahmenbedingungen Unternehmen dabei zu unterstützen, ihre Wirtschaftskraft zu entfalten und bei der sozial-ökologischen Transformation voranzugehen und damit den Wohlstand der Menschen in Bayern anzuheben.